

Der Weg zur Teilung Deutschlands von der Potsdamer Konferenz bis 1949

Der **Weg zur Teilung Deutschlands** begann, als die Alliierten ihre Beschlüsse bezüglich der Einrichtung von Besatzungszonen verwirklichten. Damit war klar, dass vor allem die Sowjetunion, aber auch die Westalliierten, die Möglichkeit hatten, in ihren besetzten Gebieten auf die Einführung ihres eigenen politischen und gesellschaftlichen Systems hinzuwirken, wie es Stalin schon 1943 formuliert hatte.

Demgemäß konnte auch die Konferenz von Potsdam nur ein Versuch sein, die unterschiedlichen Positionen der Siegermächte auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu formulieren.

Die **Sowjetunion** begann in ihrer eigenen Zone unmittelbar nach der Kapitulation, eigenmächtig Fakten zu schaffen, die die Möglichkeit boten, deutsche Kompetenzen im Osten zu bündeln. Dazu gehörte die Zulassung von Parteien mit der ausdrücklichen Bezeichnung "deutsch", darunter natürlich auch die Begünstigung der Kommunistischen Partei. Dazu gehörte mit Bodenreform und Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrien ein tiefer Eingriff in die Eigentums- und Wirtschaftsstruktur.

Mit diesen Eigenmächtigkeiten entzog sie denjenigen amerikanischen Regierungsvertretern den Boden, die eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auch nach dem Krieg (Roosevelt: "*One World*") wollten und gaben den Kräften Auftrieb, die die sowjetische Macht als aggressiv und gefährlich einstufte. Auslöser für die veränderte Haltung war unter anderem das Verhalten der Sowjetunion in der **Reparationsfrage**. Die USA beschuldigten die Sowjets Ende 1945, den Potsdamer Kompromiss, Deutschland als wirtschaftliche Einheit zu betrachten, zu verletzen, indem sie Reparationen aus der laufenden Produktion entnahmen. Als Lebensmittellieferungen aus der sowjetischen Zone ausblieben, die mit Reparationslieferungen aus den Westzonen verrechnet werden sollten, stellten die USA im Mai 1946 die Lieferungen an die Sowjetunion ein.

Damit war für die USA deutlich, dass die Sowjetunion kein Interesse an einer wirtschaftlichen Vereinigung Deutschlands außerhalb ihrer eigenen expansiven Absichten hatte. Dies deckte sich mit der Einschätzung Churchills, der im März 1946 in einer Rede in Fulton/Missouri vor einer Ausbreitung sowjetischer Macht warnte.

So war es nur konsequent, dass der amerikanische Außenminister Byrnes am 6. September 1946 in seiner Stuttgarter Rede ("*Speech of Hope*") ankündigte, notfalls eine "größtmögliche Vereinigung" anzustreben, falls es nicht zu einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion (und mit Frankreich) käme. Damit war ein **Kurswechsel** in der offiziellen amerikanischen Deutschlandpolitik angedeutet, der die Besatzungspolitik gegenüber dem geschlagenen Feind durch die Kooperation mit dem wieder aufzubauenden Deutschland ersetzte. Auch der britische Außenminister Bevin forderte im Oktober 1946 eine neue Vereinbarung über Deutschland, wenn die Potsdamer Beschlüsse nicht als Ganzes durchgeführt werden könnten.

Die von den USA im Juli 1946 an die übrigen Siegermächte ausgehende Einladung, die Zonen **wirtschaftlich zu vereinigen**, wurde von der Sowjetunion und Frankreich ausgeschlagen, so dass von 1.1.1947 an nur die britische und die amerikanische Zone die "Bi-Zone" bildeten. Diese Bi-Zone verfügte bis 1948/49 über

alle legislativen, exekutiven und judikativen Elemente eines Staats, so dass sich mit ihrer Festigung ein nachhaltiges, von den anderen Zonen getrenntes Eigenleben andeutete. Die französische Zone trat 1948 diesem "Vereinigten Wirtschaftsgebiet" bei.

Die **Münchener Ministerpräsidentenkonferenz** vom Mai 1947 offenbarte dann den tiefen Riss zwischen den politischen Vorstellungen des Ostens und des Westens. Sie musste fast zwangsläufig an der Forderung der fünf Teilnehmer aus der Sowjetzone, vor der wirtschaftlichen Einheit die politische Einheit zu schaffen, scheitern. Hier war einerseits der politische Einfluss der Besatzungsmächte auf die Ministerpräsidenten zu spüren, andererseits aber auch die parteipolitische Bindung der fünf sowjetzonalen Ministerpräsidenten an die SED.

Mittlerweile errichtete die Sowjetunion als Antwort auf die Bildung des "Frankfurter Wirtschaftsrates" am 14. 7. 47 für die Sowjetzone eine "Deutsche Wirtschaftskommission" mit 5 Zentralinstanzen, die als Vorform einer deutschen Zentralregierung unter sowjetischem Einfluss gelten konnte.

Die **Londoner Außenministerkonferenz** im November/Dezember 1947 markiert das Ende der Bemühungen der Siegermächte um Gemeinsamkeit in der Deutschlandpolitik. Sie scheiterte an den unterschiedlichen Vorstellungen über die deutschen Reparationen (Oberschlesien /Ruhrgebiet); das Ergebnis beschleunigte die Anstrengungen der USA zum Aufbau einer eigenen staatlichen Organisation der Westzonen und damit ihrer Einbindung in den westlichen Machtbereich.

Die **Sechs-Mächte-Konferenz in London** (Februar/März und April/Juni 1948) empfahl für diesen Prozess die wirtschaftliche Integration in Westeuropa, die Erarbeitung einer westdeutschen Verfassung und die Beibehaltung der Ruhrkontrolle. Gegen das Zugeständnis der wirtschaftlichen Angliederung des Saargebiets vereinigte Frankreich seine Zone mit der Bi-Zone und ließ sie an der Marshallplan-Hilfe teilnehmen. Mit diesen Beschlüssen war die Absicht zur westdeutschen Staatsgründung offiziell publik gemacht.

Als sich die amerikanische Delegation im Kontrollrat weigerte, die Sowjets über diese Konferenz zu informieren, verließ der sowjetische Militärgouverneur, Marschall Sokolowski, am 20. März unter Protest den alliierten Kontrollrat, der damit seine Arbeit als oberstes Regierungsorgan für Gesamtdeutschland und als alliierte Kontrollinstanz einstellte.

Mit seinem Auszug kam Sokolowski allerdings den Amerikanern zuvor, die bereits Weisung hatten, die Verhandlungen im Kontrollrat wegen der Differenzen in der Frage der Währungsreform abubrechen.

Die Frage der wirtschaftlichen Organisation ist eine Kernfrage im Problem der deutschen Teilung. Die USA verkündeten als Ziel der **Marshallplan-Hilfe**, Hunger und Not in Europa zu besiegen und damit die Grundlagen auch für politische Stabilität zu legen. Auch wenn der Kommunismus nicht ausdrücklich als Gegner genannt wurde, hatte der Marshallplan (ERP) eine deutliche antikommunistische Tendenz, da er die wirtschaftliche Unsicherheit als Nährboden einer politischen Instabilität im Sinne einer Anfälligkeit für den Kommunismus bekämpfte. Die Hilfen standen auch den Ländern der sowjetischen Besatzungszone und der Tschechoslowakei offen, doch hatten die Sowjets weder Interesse an einer schnellen wirtschaftlichen Stabilisierung noch an einer Einflussnahme der ERP-Verwaltung in ihrem Gebiet.

Der Marshallplan seinerseits förderte die wirtschaftliche **Konsolidierung** in den Westzonen und unterstützte die westdeutsche Absage an Planwirtschaft und Dirigismus in jeder Form und die Formulierung der "Sozialen Marktwirtschaft" im Frankfurter Wirtschaftsrat. Damit aber drifteten Westzonen und Ostzone wirtschaftlich immer weiter auseinander.

Die von den Sowjets verhängte **Berlin-Blockade** im Gefolge der (getrennten) Währungsreform ließ es angeraten erscheinen, den Vereinigungsprozess in den Westzonen zu beschleunigen. Im Vollzug der Beschlüsse der Londoner Sechsmächtekonferenz übergaben die drei westlichen Militärgouverneure den elf westdeutschen Ministerpräsidenten am 1. Juli 1949 die "**Frankfurter Dokumente**", in denen sie die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung, die Ausarbeitung einer Verfassung und die Durchführung einer Volksabstimmung zur Verabschiedung der Verfassung eines westdeutschen Staates forderten. Einwände, ein solches Vorgehen spalte Deutschland, wurden vom Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter mit dem Hinweis beantwortet, die Spaltung des Landes sei längst Tatsache. Dennoch beharrten die Ministerpräsidenten darauf, nur ein Provisorium mit "Parlamentarischem Rat" und "Grundgesetz" zu schaffen.

Die Sowjetunion verfolgte in dieser Zeit sowohl das Ziel, ganz Deutschland - wenn nötig unter einem neutralen Status - unter eine politische Kontrolle zu bekommen, als auch das Ziel, ihre eigene Besatzungszone unter Führung des Altkommunisten Walter Ulbricht zu konsolidieren. In dieser wechselnden Politik sind möglicherweise verschiedene Richtungen im Moskauer Politbüro und der Sowjetischen Militäradministration wiederzuerkennen. Zur **Konsolidierung** der Besatzungszone gehören die erwähnten wirtschaftlichen Maßnahmen, aber auch die von den Sowjets favorisierte Dominanz der KPD, die die Kommunisten nach der Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED ausspielen konnten. Das scheidemokratische System der Blockparteien ("Antifaschistischer Block" unter Führung der SED) unterstützte diese Politik.

Die Frage nach der **inneren Konsequenz** dieser Politik kann abschließend gestellt werden. Es ist ein Grundzug der sowjetischen Politik, die UdSSR als Heimatland des Kommunismus zu stärken und unangreifbar zu machen, dazu seit dem Hitler-Stalin-Pakt, ein Zusammengehen der Westmächte mit Deutschland auf Kosten der Sowjetunion zu verhindern. Auf diesem Hintergrund erscheint die Spaltung Deutschlands fast zwangsläufig, da weder die Sowjetunion noch die USA bereit waren, Deutschland als ganzes ohne eigene Einflussmöglichkeit dem anderen Machtbereich zu überlassen. Der Roosevelt'sche Ansatz, mit der Sowjetunion gemeinsam eine dauerhafte Friedensordnung errichten zu wollen, erschien schon den mit der sowjetischen Politik vertrauten Zeitgenossen als irrealer Idee, ja, als "Wahn". Von diesen Voraussetzungen her muss die Spaltung Deutschlands in dem Moment als zwangsläufig erscheinen, da die Kriegführung der Alliierten auf ein Zusammentreffen in Deutschland hinauslief und sie sich auf eine Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen einigten. Alternativen dazu bieten sich an, wenn man einerseits Japan betrachtet, wo die Sowjets - allerdings um einen hohen Preis - an der Errichtung einer eigenen Besatzungszone gehindert wurden, andererseits Österreich, wo die Sowjets um den Preis der Neutralität abzogen.

Einschätzung: Wahrscheinlichkeit der Teilung?

Je gespannter nach 1945 das Verhältnis zwischen den Westmächten und der UdSSR unter dem Einfluss der **Konfrontation des Kalten Krieges** wurde, um so deutlicher zeichnete sich ab, dass es zu keiner Einigung über Deutschland kommen würde. Da jede der Siegermächte unbedingtes Interesse daran hatte, ihrem Anteil am besetzten Europa ihre Gesellschaftsordnung aufzuerlegen, war die Teilung Deutschlands im Grunde in dem Moment vorprogrammiert, als sich die alliierten Truppen in der Mitte Deutschlands trafen. Der amerikanische Präsident Roosevelt sah zwar die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als Grundlage für eine künftige einvernehmliche Organisation des Friedens an, aber seine Idee, das besiegte und besetzte Deutschland mit den Sowjets gemeinsam regieren zu wollen, stieß bereits zu seiner Zeit auf die harte Kritik derer, die Stalin und die Sowjetunion aus eigener Kenntnis anders einschätzten (G.F. Kennan). Im März 1946 hatte Churchill in einer Rede in Fulton das schon im Mai 1945 geprägte Wort von der „iron screen“ für die sowjetische Politik aufgegriffen und als „iron curtain“, als „Eisernen Vorhang“, interpretiert, den Stalin entlang der Grenze seines Einflussbereiches niedergelassen habe.

So war denn die Potsdamer Konferenz unter anderem nur deswegen von Einhelligkeit geprägt, weil sich alle Beteiligten zwar auf den Begriff „Demokratie“ einigten, aber nicht deutlich machten, dass jeder etwas anderes darunter verstand.

Demokratie bedeutete für Amerikaner und Briten die Einführung liberal-demokratischer, pluralistisch-repräsentativer Muster in der Beteiligung des Volks am politischen Entscheidungsprozess, für die Sowjetregierung (und die ihr folgenden moskautreuen deutschen Exilkommunisten) aber eine unbedingte Verpflichtung aller Staatsgewalt auf die sozialistischen Ziele und auf die behauptete Identität der Interessen von Volk, Partei und Staat.

In der Einführung dieser unterschiedlichen demokratischen Systeme sind daher vor allem für die **sowjetische Besatzungszone** und das sozialistische System folgende Ereignisse und Entscheidungen zu nennen:

- Zulassung politischer Parteien mit der Neugründung der KPD am 11.6.,
- Juli 1945 Bildung der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Kräfte“ unter ideologischer Führung der KPD,
- April 1946 Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED,
- Bevorzugung der SED und Behinderungen der anderen Parteien bei den Wahlen 1946/47.

Die Gründung der bürgerlichen Parteien und der SPD in den Westzonen stand zwar unter der Kontrolle der Besatzungsmächte, unterlag aber nicht ihrer unmittelbaren Einflussnahme.

Auch im wirtschaftlichen Bereich vollzogen SMAD und KPD schnell entscheidende Schritte zur **Sozialisierung**:

- September 1945 Bodenreform unter entschädigungsloser Enteignung allen Großgrundbesitzes über 100 ha,

- Oktober 1945 / März 1946 Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie.

Zwar waren auch in den Westzonen Ansätze zu einer Sozialisierung vorhanden, vor allem in der britischen Zone, doch setzten sie sich nicht durch. Stattdessen wurde ein Wirtschaftsrat eingesetzt, der liberale Prinzipien verfolgte.

Unter dem Eindruck dieser Eigenmächtigkeiten der Sowjetischen Regierung, die durch ihre kompromisslose Haltung jede Einigung im Kontrollrat verhinderte, stellten die Westmächte am 25. Mai 1946 die Reparationslieferungen aus den Westzonen an die Sowjetunion ein. Die Abkehr von der Priorität der wirtschaftlichen (und politischen) Einheit Deutschlands markiert die **Stuttgarter Rede** des US-Außenministers Byrnes am 6. September 1946 („*Speech of Hope*“). Er erklärte, dass die USA zwar die Herstellung der wirtschaftlichen Einheit als unbedingt notwendig ansähen, dass sie aber als Alternative, „*wenn eine völlige Vereinigung nicht geschaffen werden kann*“, die „*größtmögliche Vereinigung*“ anstreben würden. Diese Worte waren allerdings auch an Frankreich gerichtet, das sich den diesbezüglichen Beschlüssen der Potsdamer Konferenz noch versperre.

Dazu kam im Westen die Einsicht, dass eben dieser „größtmögliche“ Teil **wirtschaftlich gesunden** müsse, um einerseits vor allem Großbritannien wirtschaftlich zu entlasten, andererseits auch die Anfälligkeit gegen radikale (kommunistische) Agitation herabzusetzen. In der zum 1. Januar 1947 gegründete „Bi-Zone“ wurde im Mai 1947, nachdem die Moskauer Außenministerkonferenz keine Ergebnisse hinsichtlich einer gemeinsamen Deutschlandpolitik gebracht hatte, ein liberalen Prinzipien folgender „Wirtschaftsrat“ mit Sitz in Frankfurt eingesetzt.

Die weitere Auseinanderentwicklung der beiden Teile Deutschlands stand immer mehr im Schatten der Konfrontation der Siegermächte. Trumans Eindämmungspolitik und der Marshall-Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas gehören ebenso hierher wie das Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz im November/Dezember 1947, auf der die sowjetische Forderung nach einer Viermächtekontrolle über alle vier Besatzungszonen zurückgewiesen wurde.

Die Sechs-Mächte-Konferenz, die vom 23.2. bis 6.3. und dann wieder vom 24.4. bis 2.6.1948 unter Teilnahme der drei Westalliierten und der Beneluxländer in London tagte, empfahl für den Prozess der staatlichen Organisation der Westzonen die **wirtschaftliche Integration in Westeuropa**, die Erarbeitung einer westdeutschen Verfassung und die Beibehaltung der Ruhrkontrolle. Konsequenz dieser Konferenz waren die „Frankfurter Dokumente“, in denen die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder den Auftrag zur Ausarbeitung einer verfassungsmäßigen Struktur eines neuen deutschen Staates erhielten.

Auf die amerikanische Weigerung hin, die Sowjets über die Ergebnisse der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz zu unterrichten, zogen die sowjetischen Vertreter aus dem alliierten Kontrollrat aus, der damit seine Arbeit als oberstes Regierungsorgan für Gesamtdeutschland und als alliierte Kontrollinstanz einstellte.

Die Gründung zweier getrennter deutscher Staaten war damit nur noch eine **zwangsläufige Folge**, verstärkt durch die sowjetische Haltung bei der Währungsreform und bei der Berlin-Blockade.

Ereignisse wie die Ministerpräsidentenkonferenz (Juni 1947) oder die Volkskongressbewegung (Dezember 1947) können an dieser Stelle zwar auch

vermerkt werden, spiegeln aber ihrem Wesen nach nur die Konfrontation der USA mit der UdSSR wider.